

3295 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t  
des Ausschusses für Familie und Umwelt

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 25. Juni 1987 betreffend ein Bundesgesetz über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz - ChemG)

Der gegenständliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates enthält folgende Schwerpunkte:

- Einführung des Anmeldeverfahrens für neue Stoffe,
- Verpflichtung, neue Stoffe einer Grundprüfung auf ihre gefährlichen Eigenschaften durch behördlich kontrollierte Prüfstellen zu unterziehen,
- zusätzliche Prüfnachweise bei Überschreitung von Mengenschwellen oder in besonderen Verdachtsfällen,
- Anmeldung und Prüfnachweise im Bedarfsfall auch für alte Stoffe,
- Erstellung einer Altstoffliste einschließlich eines Altstoffkatasters,
- Verpflichtung zur entsprechenden Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen,
- Eingriffsmöglichkeiten der Behörden, gefährliche Stoffe, Zubereitungen oder Fertigwaren aus dem Verkehr zu ziehen oder adäquate Beschränkungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen,
- zentrale Registerführung und Datensammlung für gefährliche Stoffe beim Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie,
- Einsetzung einer Chemikalienkommission,
- Anpassung der giftrechtlichen Vorschriften an den heutigen Stand der Toxikologie.

Der Ausschuß für Familie und Umwelt hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 6. Juli 1987 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Familie und Umwelt somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

3295 d. B.

- 2 -

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 25. Juni 1987 betreffend ein Bundesgesetz über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz - ChemG), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1987 07 06

Johanna Schicker  
Berichterstatte

Edith Paischer  
Obmann